



**Leonie Beck:**  
Würzburger Schwimmerin  
blickt nach Tokio – Sport

**Handy an der Schule:**  
Beim Testlauf ist auch  
Unterfranken dabei – Franken

**Flocke in Südfrankreich:**  
Tierschützer sorgen sich  
um Eisbären – Aus aller Welt



## Rechte Demos in Kandel gehen weiter

Achteinhalb Jahre Haft  
wegen Mordes an Mia

**LANDAU (dpa)** Rund acht Monate nach dem tödlichen Messerangriff auf die 15-jährige Mia in Kandel ist ihr Ex-Freund wegen Mordes verurteilt worden. Die Richter verhängten am Montag acht Jahre und sechs Monate Haft nach Jugendstrafrecht gegen den mutmaßlich aus Afghanistan stammenden Abdul D., wie das Landgericht Landau im Anschluss an die Urteilsverkündung hinter verschlossenen Türen mitteilte.

Der Anwalt von Abdul D., Maximilian Endler, sagte nach der Entscheidung: „Mein Mandant verzichtet auf Rechtsmittel und ist mit dem Strafmaß einverstanden.“ Ob auch andere Prozessbeteiligte den Richterspruch akzeptieren, wisse er nicht. Er rechne damit, dass sein Mandant nach der Verbüßung eines Teils der Strafe abgeschoben werde, sagte Endler. Abdul D. habe in seinem letzten Wort noch einmal Reue bekundet.

Die Staatsanwaltschaft und die Nebenkläger hatten zuvor eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren gefordert, die Verteidigung sieben Jahre und sechs Monate wegen Totschlags.

Die Tat kurz nach Weihnachten 2017 mitten in einem Drogeriemarkt der kleinen Stadt in der Pfalz hatte bundesweit für Entsetzen gesorgt. Der Fall fachte außerdem die Diskussion um die Altersfeststellung von jungen Flüchtlingen neu an. Rechtspopulistische Gruppen hatten den Fall zum Anlass genommen, um in Kandel immer wieder gegen die Asylpolitik der Bundesregierung zu protestieren. Sie haben Termine bis ins nächste Jahr angemeldet.

Der Bürgermeister des pfälzischen Kandel rechnet auch für die Zeit nach dem Urteil mit Kundgebungen in der Stadt. Kandel komme nicht zur Ruhe, sagte der SPD-Politiker Volker Poß im Radioprogramm SWR Aktuell.

→ Zeitgeschehen Seite 5

## Söder und Nahles verteidigen die Kanzlerin

**ABENSBURG (afp)** Geprägt vom Landtagswahlkampf haben sich die Parteien beim Gillamoos-Volksfest im niederbayerischen Abensberg Reduelle geliefert. Während der um die absolute CSU-Mehrheit kämpfende Ministerpräsident Markus Söder die Erfolge Bayerns betonte, griffen die Redner anderer Parteien die CSU scharf an. Söder und SPD-Chefin Andrea Nahles verteidigten aber übereinstimmend Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen Angriffe wegen der Eskalation in Chemnitz.

→ Bayern Seite 9



## 50 000 bei #wirsindmehr in Chemnitz

Ein Zeichen gegen Rassismus und Gewalt setzten Musiker am Montagabend in Chemnitz. 50 000 Menschen kamen zu dem Konzert unter dem Motto „#wirsindmehr“ in der sächsischen Stadt zusammen. Hier war es in den vergangenen Tagen zu massiven ausländerfeindlichen Protesten und Übergriffen gekommen.

FOTO: SEBASTIAN KAHNERT, DPA  
→ Zeitgeschehen Seite 4

# Klimaschutz soll in die Verfassung

Politiker starten in Würzburg Unterschriftensammlung für Volksbegehren

Von MICHAEL CZYGAN

**WÜRZBURG** Das Ziel ist ehrgeizig: Bis Ende September wollen die Initiatoren des Volksbegehrens „Klimaschutz in die Verfassung“ bayernweit 25 000 Unterschriften sammeln. Die Zeit, den Klimawandel zu stoppen, drängt, sagen Hans-Josef Fell, der Erneuerbare-Energien-Pionier aus Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen), und seine Mitstreiter, der Freie-Wähler-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Fahn (Erlenbach/Main) und der Würzburger Grünen-Stadtrat Patrick Friedl. Wetterextreme wie Rekordhitze, wochenlange Dürre und Starkregen-Ereignisse seien längst auch in Franken eine traurige Normalität.

Erneuerbare Energien seien seit 1990 die „tragende Säule“ bei der Reduzierung klimaschädlicher Gase, so Fell, der von 1998 bis 2013 für die Grünen im Bundestag saß und als Autor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gilt. Seit 2015 aber seien die Emissionen „nicht nennenswert“ gesunken. Gründe dafür seien die erhöhten Kohlestrom-Exporte ins Ausland sowie der Stopp beim Ausbau von Solar- und Windenergie. In Bayern wirke die von der CSU-Mehrheit verschärfte Abstandsregelung für Windräder als Bremse. Der Anteil der Erneuerbaren Energien habe sich im Freistaat bei etwa mehr als 40 Prozent eingependelt, so Friedl. Nötig aber seien 100 Prozent, wolle man die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen.

Dass die Bundesregierung die selbst gesteckten Vorgaben für 2020 aufgegeben hat, empört die Initiatoren vom Verein „Klimaschutz – Bayerns Zukunft“. Auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sei Klimaschutz kein Thema gewesen, klagt Fahn. „Stattdessen hat Markus Söder ein Raumfahrtprogramm angekündigt.“ Insofern liege es nahe, die Chancen, die die bayerische Verfassung biete, zu nutzen. Friedl: „Die Bürger haben es in der Hand.“ 25 000 Unterschriften wären ein erster Schritt, um den Klimaschutz und die Umstellung der Ener-

gieversorgung auf Erneuerbare Energien als Staatsziele in der Verfassung zu verankern. Volksbegehren und Volksentscheid sollen folgen.

Den Klimaschutz in die Verfassung schreiben ist das eine, die Energie- und Umweltpolitik zu ändern das andere. Ist das Volksbegehren also nicht mehr als Symbolpolitik? „Mitnichten“, sagt Patrick Friedl. Stünde der Klimaschutz erst einmal in der Verfassung, müsste sich jede Gesetzesinitiative, aber auch jede kommunale Entscheidung daran messen lassen. Per Popularklage könne jeder Bürger die Entscheidungen von Staat und Be-

hörden auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen. Friedl: „Das wäre der dringend notwendige Schub für den Klimaschutz.“

Bayerns Umweltminister Marcel Huber (CSU) wollte sich am Montag auf Nachfrage der Redaktion nicht zu der Initiative äußern. Ein Ministeriumssprecher verwies auf Äußerungen von Markus Söder. Der Regierungschef hatte kürzlich gesagt, er sei „offen“ für eine Verfassungsänderung, allerdings ohne einen konkreten Zeitplan zu nennen.

Fell, Friedl und Fahn stellten am Montag eine Liste mit elf „Erst-Unterstützern“ ihres Volksbegehrens vor. Mit dabei sind unter anderem die bayerischen Grünen, die ÖDP, und der Verein Bergwaldprojekt, aber auch lokale Zusammenschlüsse wie die „Energieinitiative Rhön und Grabfeld“. Fahn zeigte sich zuversichtlich, dass sich bald auch die Freien Wähler anschließen.

Schließlich präsentierten die Politiker noch Ruslana, Gewinnerin des Eurovision Song Contest 2004. Die Sängerin ist in ihrer Heimat Ukraine in der Demokratiebewegung aktiv. Bei einem Treffen mit Fell, der als Präsident der „Energy Watch Group“ weltweit für die Energiewende streitet, ließ sie sich von dessen Ideen begeistern. „Erneuerbare Energien bringen Frieden“, sagt sie. Bayern könne da ein Vorbild sein. Mit einem Konzert am 22. September in Würzburg will sie die Initiative unterstützen.



Den Startschuss für das Volksbegehren „Klimaschutz in die Verfassung“ gaben in Würzburg (von links) Hans-Josef Fell, Hans-Jürgen Fahn, Sängerin Ruslana und Patrick Friedl.  
FOTO: JOHANNES KIEFER

## Polizeischüler rettet Schwimmer

Helfer am Baggersee

**SAND AM MAIN (pes)** Einem Mann, der im Baggersee von Sand (Lkr. Haßberge) zu ertrinken drohte, hat Marco Swietza am Samstag das Leben gerettet. Der 27-jährige Bamberger, der gerade eine Ausbildung bei der Polizei macht, saß am Ufer, als er bemerkte, dass der Schwimmer Probleme hatte und unterging. Swietza schwamm zu dem Mann, tauchte nach ihm und konnte ihn am Ende zusammen mit seinem Bruder aus dem Wasser ziehen. Die Haßfurter Polizei will den jungen Kollegen für die Lebensrettermedaille vorschlagen.

→ Franken Seite 7

## Strafanzeige gegen zwei führende Bistumsmitarbeiter

**RIMPAR (cj)** Es ist ein einzigartiger Fall im Bistum Würzburg: Die ehrenamtlichen Mitglieder der Kirchenverwaltung (KV) in Rimpar haben Strafanzeige gegen den Pfarradministrator und hauptamtlichen KV-Vorstand und seinen Stellvertreter gestellt. Auslöser ist die Abrechnung der Kosten für die Sanierung des Pfarrhauses. Eine Prüfung ergab, dass die Baufirma nicht alle in Rechnung gestellten Leistungen erbracht hat. Gegen den Beschluss der Ehrenamtlichen wurde dennoch ein Vergleich geschlossen.

→ Das Thema Seite 6

## Unterm Strich

### Stewardessenlächeln nur gegen Gebühr

Von ALICE NATTER

Ryanair verlangt jetzt Gebühren fürs Handgepäck. Bislang durften Reisende auf einem Trip mit der irischen Fluglinie eine Handtasche und ein bis zu zehn Kilo schweres Gepäckstück mit an Bord nehmen und kopfüber in die Ablagefläche pressen. Ab sofort sind den neuen Handgepäckbestimmungen zufolge nur noch Passagiere mit Priority-Option ohne Zusatzkosten mit zwei Handgepäckstücken unterwegs. Wer im Normaltarif fliegt, muss fürs Rollkofferchen an seiner Seite zahlen. Frei ist für den Non-Priority-Passagier, was 40 x 20 x 25 Zentimeter misst und unter den

Vordersitz passt. Unpassend finden diese neue Regel viele Verbraucher-schützer. Doch Ryanair sagt, mit der Handgepäckgebühr wolle man Verspätungen reduzieren, die beim Verladen entstehen. Jeder Fluggast weiß: Bis 189 Leute im engen Flieger je zwei Taschen, Rucksäcke oder Beautykoffer über, unter oder vor sich deponiert haben, das dauert. Deshalb ist die Regel zu begrüßen und überhaupt nur konsequent. Schließlich kosten längst auch die Sitzplatzreservierung, das Zahlen mit Kreditkarte, das Knab-

berzeug und der Tomatensaft, auf den man ausschließlich in der Luft so Durst hat. Ebenso konsequent wird es sein, dass Airlines eine WC-Benutzungsgebühr einführen und dass man das Stewardessenlächeln künftig nur als kostenpflichtiges Extra erhält. Auch wer bei der Sicherheitseinweisung weghören will, wird dafür zahlen müssen. Die Gebühr für die Rollfahrt zur Startbahn kann man dafür einsparen, wenn man mit anpackt und das Flugzeug schiebt. Und wer unbedingt möchte, dass ein ausgebildeter Pilot im Cockpit sitzt, kann das gegen Aufpreis dazubuchen.

## Reporter kritisieren Lage in der Türkei

Mindestens 28 Journalisten in Haft



Christian Mühr von Reporter ohne Grenzen fordert Klarheit von der Bundesregierung.  
FOTO: DPA

**BERLIN (dpa)** Vor anstehenden Gesprächen mit der Türkei hat Reporter ohne Grenzen (ROG) die Bundesregierung aufgerufen, sich für die Freilassung türkischer Journalisten einzusetzen. Fälle sollten öffentlich und namentlich angesprochen werden, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mühr in Berlin. Die Türkei gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit. Inhaftiert seien aktuell mindestens 28 Journalisten. Nach ihrer Haft gerade nach Deutschland zurückgekehrt ist die Journalistin Mesale Tolu.

→ Interview Seite 2

**Anzeigen:** Familienanzeigen Seiten 10 - 11  
Veranstaltungen Seite 26

**Anzeigen:** Tel. (09 31) 60 01 60 02  
**Abo-Service:** Tel. (09 31) 60 01 60 01  
**E-Mail:** kundenservice@mainpost.de  
**Ticket-Service:** Tel. (09 31) 60 01 60 00  
**E-Mail:** info@mainticket.de

## Wetter

26 14  
HEUTE Schauer

28 14  
MORGEN wolkig

